

Green City – grüne Klimaschutzpolitik in Freiburg

von Eckart Friebis

Unser Ziel ist klar, auch wenn noch eine große Wegstrecke vor uns liegt: Freiburg muss bis Mitte des Jahrhunderts zur klimaneutralen Stadt werden. Dazu bedarf es aber noch erheblicher Anstrengungen zur Reduzierung der CO₂-Emissionen auf allen Handlungsebenen. Doch die Freiburger Richtung stimmt, was die gerade erst vorgelegte Klimaschutzbilanz 2006/07 belegt: Für unsere Stadt ergibt sich danach bis 2007 gegenüber dem Bezugsjahr 1992 insgesamt eine absolute CO₂-Reduktion um fast 14%, pro Kopf der Bevölkerung sogar um über 20%. Bei aller Vorsicht angesichts der unbefriedigenden Datenlage zeigt dies, dass unsere Klimaschutzmaßnahmen der letzten Jahre wirken und das vom Gemeinderat auf unsere Initiative hin verschärfte Klimaschutzziel (minus 40% CO₂ bis 2030) realistisch erscheint. Und wenn wir weiter entschieden vorangehen und auch die bundes- und europaweiten Rahmenbedingungen stimmen, könnten wir dieses Ziel vielleicht schon ein paar Jahre früher erreichen. Angesichts dessen, dass die neuesten Prognosen zum Ausmaß und zur Geschwindigkeit des Klimawandels immer alarmierender werden, muss uns dies gelingen!

Auch wenn noch eine Riesenaufgabe vor uns liegt – wir sollten nicht kleinreden, was grüne Politik in Freiburg bislang schon erreicht hat und womit wir uns im weltweiten Städtevergleich nicht zu verstecken brauchen. Denn nur mit dem Bewusstsein und der Erkenntnis im Rücken, dass substantielle Erfolge vor Ort möglich und umsetzbar sind, werden wir auch künftig die Kraft und Zuversicht haben, die anstehenden Herausforderungen selbstbewusst anzupacken und anderen Kommunen ein nachahmenswertes Beispiel zu geben. Denn auch darin liegt unsere (durchaus auch weltweite) Verantwortung als einer politisch stark grün geprägten Stadt auf dem Weg zur nachhaltigen Green City. Deshalb haben wir die Präsentation Freiburgs bei der EXPO 2010 in Shanghai sowie die Gründung „unserer“ Intersolar-Messen in München, San Francisco und in Asien unterstützt.

Was wir in letzter Zeit im Bereich des Klimaschutzes in Freiburg erreicht haben, ist so vielfältig und betrifft die unterschiedlichsten Bereiche, dass hier nur ein paar der wichtigsten Punkte genannt werden können:

Wir haben die Energiestandards für Neubauten in einem Stufenplan verbindlich geregelt: für städtische Gebäude und beim Verkauf stadteigener Grundstücke gilt seit Januar die Passivhausbauweise, für private Dritte in Bebauungsplänen der KfW-40-Standard. Ab 2011 gilt der Passivhausstandard dann für alle. Zur energetischen Sanierung des eigenen Altbaubestandes investieren Stadt und Stadtbau jedes Jahr mehrere Dutzend Millionen Euro, für private Dritte gibt es ein städtisches Förderprogramm. Das reduziert den CO₂-Ausstoß genauso wie die Heizkosten und schafft Arbeit für das Handwerk. Für künftige neue Wohnquartiere wie die Gutleutmatten neben dem Haslacher Hallenbad oder das Hüttinger-Gelände an der Elsässerstraße im Stadtteil Mooswald soll ein klimaneutraler oder sogar Plusenergie-Stadteil als Vorgabe für die städtebaulichen Wettbewerbe gelten.

Und vor wenigen Tagen erst hat die Stadtverwaltung auf unseren Antrag die Erarbeitung einer Konzeption zum Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung zugesagt – mit den Schwerpunkten Optimierung und Ausbau der vorhandenen Nah- und Fernwärmenetze sowie der Versorgung des Gebäude-Altbestandes mit Blockheizkraftwerken.

Für zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen stehen seit 2009 jährlich 10% der Konzessionsabgabe von Badenova, d.h. rund 1,2 Mio Euro, zur Verfügung. Die Badenova selbst wird sukzessive zum ökologischen Energiedienstleister umgebaut. 11.000 Haushalte beziehen schon Regiostrom-Aktiv, komplett aus erneuerbarer Energie. Die sonstigen Privathaushalte erhalten Regiostrom-Basis, je zur Hälfte aus erneuerbarer Energie und aus Kraft-Wärme-Kopplung.

Fortsetzung S. 2

Neues aus dem Büro

Hallo,

bis zu den Kommunal- und Europawahlen am 07. Juni 2009 sind es nun nur noch zwei Monate. Unsere Wahlkampfkommission hat bisher nahezu wöchentlich getagt und unsere Wahlmaterialien (Plakate, Flyer, Homepage) vorbereitet, die dann von unseren Profis umgesetzt wurden. Auf Eure Reaktion hierzu bin ich sehr gespannt. Termine und Veranstaltungen wurden geplant und wir haben bereits begonnen, sie zu organisieren. Kurz: wir haben in den letzten Wochen eine Menge Arbeit bewältigt und die Abende im Grünen Büro wurden zum Teil recht lang. Am 07. Juni werden wir dann sehen, ob sich die Mühe gelohnt hat.

Bis dahin liegt aber immer noch viel Arbeit vor uns – und dafür brauchen wir Eure Hilfe, egal ob es tatkräftige Mithilfe oder finanzielle Unterstützung ist!

Ab dem Samstag, dem 25. April, werden wir jeden Samstag zwischen 10 und 16 Uhr an unserem Stammpplatz in der Kaiser-Joseph-Straße, Ecke Rathausgasse, mit unserem Wahlkampf-tisch stehen. Auch auf den Stadtteilmärkten möchten wir zumindest einmal mit einem Stand oder einer Verteilaktion präsent sein. Allen Mitgliedern in meinem E-Mail-Verteiler (bist du etwa noch nicht drin?) werde ich eine Liste schicken, in die man sich für die Mithilfe im Wahlkampf eintragen kann. Alle anderen möchte ich bitten, sich bei mir im Büro zu melden.

Aber das Leben besteht (glücklicherweise) nicht nur aus Arbeit. Deshalb möchte ich Euch schon mal zu unserem geselligen Wahlkampfauftakt am Dienstag, 21.4., 17.30 Uhr einladen. Der Ort steht noch nicht fest, aber wir hoffen, dass dies wieder auf dem Rathausplatz möglich sein wird. Am Mittwoch, 20. Mai, veranstalten wir in der Wodanhalle ab 20 Uhr ein buntes Kulturfestival und unsere traditionelle Wahlparty findet dann am 07. Juni im Waldsee statt. Also: macht mit – wir freuen uns auf Euch!

Herzliche Grüße von Andreas

Meldungen

„Grün macht mobil“ – mischt Euch in die Diskussion ein!

Das Auto ist des Deutschen und vor allem des Baden-Württembergers liebtes Kind. Die derzeitige Wirtschaftskrise bringt die tiefgreifenden Probleme der Branche zum Vorschein und die Automobilindustrie ins Schlingern. Uns Grüne treibt das Thema umweltverträgliche Mobilität schon lange um.

- Welche Rolle spielt das Auto in Zukunft?
- Wie sieht das ökologische Auto der Zukunft aus?
- Welche Strategien brauchen wir, damit die baden-württembergische Automobilindustrie gestärkt aus der Krise hervorgehen kann?

Für diese und viele weitere Fragen bietet die grüne Landtagsfraktion unter: <http://www.gruen-macht-mobil.de/> ein offenes Diskussionsforum an. Ich freue mich, wenn ihr Euch in die Debatte einmischt. Edith Sitzmann

„Wir zahlen nicht für eure Krise ...“

In Berlin fand anlässlich des G20-Treffens in London die erste Demo gegen die Krise statt.

Es hätte wohl besser lauten sollen:

„Wir zahlen sowieso nicht für eure Krise“. Denn die, die zur Kasse gebeten werden, waren nicht da: die Gewerbetreibenden, Rentner, Beamten und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Stattdessen feierte ein buntes Häuflein von 15.000 Systemkritikern, in das sich IG Metall und Bündnis 90/Die Grünen einreihen, sich selbst. Fröhlich, bunt, und mit der unvermeidlichen Randalie zum Schluss. An der Liquiditätskrise im internationalen Finanzsystem hat diese Demo wenig gerüttelt. Sie war noch nicht mal Thema. (phl@myfaz.net)

Impressum

Herausgeber: Bündnis 90/ Die Grünen, Kreisverband Freiburg, Haslacher Str. 61, 79115 Freiburg, Tel.: 0761 / 70 12 14, Fax: 0761 / 7 54 05
 kreisverband@gruene-freiburg.de
<http://www.gruene-freiburg.de>
 Postbank Karlsruhe, BLZ 66010075, Kto.: 117568-751
 Auflage: 460 Exemplare
 Druck: Tilia-Druck Freiburg
 V.i.S.d.P.: Carsten Drecoll c/o Bündnis 90/Die Grünen
 Redaktion und Satz: Carsten Drecoll, Lektorat www.lektorat-drecoll.de
 Mitarbeiter dieser Ausgabe: Eckart Friebis, Edith Sitzmann, AK Wiso (Sabine Lübke), Peter Langer, Andreas Hoffmann

Fortsetzung S. 1

Ökostrom für Gewerbe und Industrie muss folgen. Badenova hat Förderprogramme zum Ausbau regenerativer Energien und der Kraft-Wärme-Kopplung, zusätzlich stehen jährlich mind. 1,8 Mill. Euro aus dem von uns initiierten Innovationsfonds für Ökoprojekte zur Verfügung. Die umweltverträgliche Biogasproduktion läuft an, Contracting-Angebote und Energieeinsparberatung werden ausgebaut. Durch Beteiligung am Kauf der THÜGA sollen Gewinne künftig bei den Kommunen verbleiben, statt an die bisherige THÜGA-Mutter EON zu fließen.

Die VAG befördert täglich 200.000 Fahrgäste, das Stadtbahnnetz wird ausgebaut. Seit Januar fahren auf unsere Initiative alle Straßenbahnen und die Schauinslandbahn mit Ökostrom.

Die Windkraft haben wir wieder zum politischen Thema im Gemeinderat und im Regionalverband gemacht. Für den Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur haben wir die jährliche Pauschale mehr als verdoppelt. Je mehr Menschen den Umweltverbund aus ÖPNV, Rad und Zufußgehen nutzen, desto weniger Autoverkehr und desto weniger CO₂.

Nicht-investives Energiesparen durch Änderung des Nutzerverhaltens hat an den Schulen bereits zu massiven Einsparungen geführt, immer mehr Schuldächer haben eine Solarstromanlage. Jetzt gibt es ein neues Internetangebot der Stadt (www.freiburg.de/freesun), bei dem für jedes Freiburger Gebäudedach die Eignung für Solaranlagen geprüft werden kann. Und über eine mittelfristig angelegte große Werbekampagne wird die Bevölkerung zur Mitarbeit im Klimaschutz angeregt (www.co2libri.freiburg.de).

All das ist nur ein Teil dessen, was nicht zuletzt durch grüne Initiative in Freiburg schon zum Thema Klimaschutz umgesetzt wurde. Damit es so weitergeht und die in unserem Kommunalwahlprogramm skizzierten Ziele erreicht werden können, müssen wir uns alle dafür einsetzen, dass auch künftig eine möglichst starke GRÜNE Fraktion die Richtung im Gemeinderat bestimmt – gemeinsam mit unserem grünen Oberbürgermeister und der grünen Umweltbürgermeisterin. Die Wochen bis zum 7. Juni sollten wir deshalb intensiv nutzen!

Der Fall Friedl – eine never ending story

von Edith Sitzmann MdL

Am Rosenmontag erhielten die Landtagsabgeordneten schriftlich (und streng vertraulich) Bescheid: Der ehemalige Freiburger Unfallchirurg Hans-Peter Friedl soll eine Abfindung in Höhe von 1,98 Mio. € erhalten. Damit sollte der Fall, der seit 2000 anhängig ist, endlich abgeschlossen werden. Diese Nachricht hat das Gerechtigkeitsempfinden vieler Menschen verletzt und zu Recht für Empörung gesorgt.

Nach all den Jahren, in denen ich die CDU/FDP-Landesregierung immer wieder in Anträgen und Abgeordnetenbriefen aufgefordert habe, den Freiburger Unfallchirurgen endlich ordentlich zu suspendieren, ist Bewegung in die Sache gekommen. Es gab eine Vielzahl von Pressemeldungen, Unmengen von Leserbriefen, fundierte rechtliche Analysen der Freiburger Anwältin Lena Kühnbach und schließlich eine Strafanzeige von mittlerweile 200 Rechtsanwälten wegen Verdachts der „Haushalts- bzw. Amtsuntreue“.

All das hat die Landesregierung nicht unbeeindruckt gelassen. Seit dem 3. April wissen wir, dass dem Antrag der Grünen Landtagsfraktion entsprochen wurde: Die Vereinbarung zwischen dem Land, der Freiburger Uniklinik und den Rechtsanwälten von Herrn Friedl wurde

bislang nicht vollzogen. Dem Antrag des Beamten auf Entlassung aus dem Dienst wurde noch nicht stattgegeben und die Abfindung nicht ausbezahlt. Und das ist gut so. Denn die Einsicht in einige Akten, die das Wissenschaftsministerium gewährt hat, hat uns in unserer Ansicht bestätigt, dass dieser Vergleich nicht rechtswirksam ist. Dies hat sich schon in der Plenarsitzung am 18. März angedeutet, als ich den CDU-Wissenschaftsminister Peter Frankenberg zum Fall Friedl befragt habe. Auch dass die Sache im Wissenschaftsausschuss und im Plenum beraten werden soll, ist ein politischer Erfolg.

Derzeit gibt es täglich Neuigkeiten und die Hoffnung, dass der Fall Friedl doch noch zu einem „gerechten“ Abschluss kommt. Ich werde mich jedenfalls weiter dafür einsetzen und auch von Drohbriefen nicht einschüchtern lassen.

Über einen Besuch auf www.edithsitzmann.de freue ich mich. Hier sind meine Initiativen und Presseerklärungen zusammengestellt, im Gästebuch können Kommentare abgegeben werden und schließlich gibt es eine Abstimmung über das weitere Verfahren.

Wie profitiert die regionale Wirtschaft vom Konjunkturpaket II?

von Edith Sitzmann

Beim dritten grünen Wirtschaftsgespräch, einer Veranstaltung des KV Freiburg (Jochen Hefer) und den beiden wirtschaftspolitischen Sprecherinnen von Bund (Kerstin Andreae) und Land (Edith Sitzmann), diskutierten am 02. April im Haus der Bauwirtschaft Südbaden Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft und Politik, wie die regionale Wirtschaft vom Konjunkturpaket II profitieren kann. Otto Neideck, Erster Bürgermeister der Stadt Freiburg, Michael Hafner, Verbandsdirektor der Bauwirtschaft Südbaden, und Karl-Heinz Bühler, Leiter des Universitätsbauamtes Freiburg, stellten auf dem Podium ihre Positionen dar.

Einführend habe ich deutlich gemacht, dass wir Grüne den Konjunkturpaketen der Bundesregierung kritisch gegenüberstehen, da sie nicht nur ökonomisch fragwürdig sind, sondern auch keine ökologische Lenkungswirkung haben. So ist z. B. die Abwrackprämie ökologisch mindestens sinnlos. Und nach dem derzeitigen Run auf die Prämie wird der Absturz der Nachfrage nach Auslaufen der Prämie umso steiler sein. Wer aus der derzeitigen Krise lernen will, muss endlich umsteuern und eine nachhaltige und ökologische Wirtschaftspolitik auf den Weg bringen. Richtig sind deshalb Maßnahmen im Bildungsbereich und zur energetischen Sanierung von Gebäuden. Denn öffentliche Infrastruktur darf nicht verfallen und das Klima muss zukünftig deutlich mehr geschont wer-

den: Der Klimawandel wartet nicht auf eine gute Konjunktur.

Die Podiumsteilnehmer waren sich einig, dass die Infrastrukturmaßnahmen einen Mehrwert erbringen, also Kosten reduzieren und kommende Generationen entlasten müssen. Denn das gigantische Konjunkturpaket wird immerhin auf Pump, also durch Schulden finanziert.

Für die Bauwirtschaft bewertete Herr Hafner die beiden Konjunkturpakete positiv. Die Branche habe in den letzten Jahren kaum vom Aufschwung profitiert. Er merkte jedoch an, dass das Abrechnungsende bis Ende 2011 ein Problem werden könne, da in sehr kurzer Zeit viele Bau- und Sanierungsmaßnahmen geplant und umgesetzt werden müssten. Außerdem dürfe die Politik auch nach dem Jahr 2011 bei den Sanierungen nicht nachlassen.

Schwerpunkt der Stadt Freiburg bei den Bau- und Sanierungsmaßnahmen seien die Bildungseinrichtungen, einschließlich Kitas und Kindergärten.

Dass die Stadt Freiburg ohne Hilfe von außen das weitaus größere Konjunkturpaket aufgelegt habe, machte Herr Neideck deutlich. Die zusätzlichen Mittel von Bund und Land seien aber willkommen, da für spätere Termine geplante Bau- und Sanierungsmaßnahmen vorgezogen werden könnten. Dies gelte auch für die Universität, so Herr Bühler. Das Universitätsbauamt Freiburg investiere ohnehin 50 Millionen Euro pro Jahr in den Bau und die Bauerhaltung

von Gebäuden von Universität und Universitätsklinik. Das Konjunkturprogramm würde zwar zusätzliches Geld für die Region bringen, problematisch sei aber das kurze Zeitfenster für die nötigen Planungen. Aus dem Publikum wurde darauf gepocht, dass die nun anstehenden öffentlichen Bau- und Sanierungsmaßnahmen auch dem regionalen Handwerk und Mittelstand durch eine handwerks- und mittelstandsfreundliche Vergabe zugute kommen müssten. Hierbei führten Herr Neideck und Herr Bühler als öffentliche Auftragsgeber an, dass die öffentliche Hand für Wettbewerb und Transparenz sorgen und bereits heute die Aufträge der Stadt und des Universitätsbauamtes Freiburg zu 80 % an regionale Unternehmen vergeben würde.

Eine lebhafteste Diskussion entbrannte beim Thema der zunehmenden Brandschutz- und Sicherheitsstandards, die die Bautätigkeiten der öffentlichen Hand immer teurer machen. Hier wurde mehr Augenmaß angemahnt.

Fazit: Wir Grüne liegen mit unserer Forderung, mehr für die energetische Sanierung zu tun, ökologisch und ökonomisch goldrichtig. Denn eine kontinuierliche Sanierung des Gebäudebestandes bringt viel für den Klimaschutz, senkt die Energiekosten und bringt dem regionalen Handwerk Aufträge. Eine Win-Win-Win-Situation!

Von Vordenkern und Nachdenkern

Gedanken aus dem AK WiSo

Der mündige Bürger. Gibt's den überhaupt noch? Werden wir nicht vielmehr von einer Herde Experten regiert, die stets alles besser weiß und uns eher wie lästige kleine Kinder mit ihren nervigen ‚Warum...? – Fragen‘ empfindet? Schlimm wird's im Wahlkampf. Da fragt sich der Bürger besonders häufig, für welches Hirn die ebenso eingängigen wie platten Wahlkampf wahrheiten eigentlich formuliert wurden. „Sozial gerecht“ oder „nachhaltig“ ist dann jede geforderte Maßnahme. Gerade ist „kommunal“ im Begriff, sich in diesen Kanon einzuschleichen.

Das ist sehr interessant. In der Flut der zurzeit auf den Markt strömenden Wirtschaftsbücher, die uns die Finanzkrise erklären, scheint eine graue Eminenz im Hintergrund die Erklärungs-

Fäden zu ziehen. Gelassen steht sie da schon seit Jahrzehnten am Büchertisch, und während Einzelne in Freiburger Grünen Kreisen noch bemüht sind, sich vom linken Ballast vergangener Tage zu distanzieren, begrüßt uns diese Eminenz aus dem Hintergrund mit einem freundlichen „Gestatten, mein Name ist Marx. Karl Marx“. Wo man hinschaut letztendlich seine Thesen; nun sind die im Vorteil, die ihn damals wirklich gelesen haben, um in der Analyse der Lage nicht allzu kurz zu greifen.

Dann kann man nämlich die feinen Unterschiede hören, bei den lauten Rufen nach dem Staat. Und nicht nur die etwas grobschlächtige Einteilung vornehmen, in die einen, die eigentlich nur Geld wollen, um anschließend so spekulativ weitermachen zu können wie vorher, und

die anderen, die gern die privaten Spieler durch öffentlich Bestellte austauschen wollen.

Das System bleibt in beiden Fällen das Gleiche. Ob das gut gehen kann? Ist der Staat der bessere Kapitalist? Zweifel sind angebracht.

Zweifel sind auch angebracht beim Kauf der Thüga-Anteile durch die Badenova, der uns derzeit als Stärkung der kommunalen Strukturen angepriesen wird. Es ist ein Finanzgeschäft geplant, bei dem kommunale Player versuchen, mit auf Kredit gekauften Unternehmensanteilen Geld zu verdienen, das – wie in der Vergangenheit – abhängig ist von Zinsentwicklungen und Geschäftsentwicklungen bei Hunderten von regionalen Energieversorgern über deren

Fortsetzung S. 4

Der Kreisvorstand lädt alle Mitglieder und politisch Interessierten ein zur Mitgliederversammlung am Dienstag, d. 21. April um 20 (!) Uhr ins Gasthaus Schützen in der Schützenallee. Tagesordnung:

- Erste Information über das Wahlprogramm für die Bundestagswahl
- Wahl der Delegierten für die BDK, die vom 8. bis 10. Mai in Berlin stattfindet (mehr dazu unter www.gruene.de)

Postvertriebsstück / PVSt, Deutsche Post AG, "Entgelt bezahlt", E 1351

AK-AnsprechpartnerInnen

AK Bildung: Birgit Woelki, Tel. 701323

AK Energie:
Michael Berger, miberger@gmx.net

AK Europa:
Gerhard Eckstein, Tel.: 2170844
g.eckstein@t-online.de

AK ÖKRA (Öko-Agrarpolitik)
Harald Wurm, Tel.: 32846,
haraldwurm@gmx.com

AK Kultur: Maria Viethen, Tel. 36073

AK Integration
Ibrahim Sarialtin
ibrahimsarialtin@hotmail.com

AK Wirtschaft und Soziales
Sabine Lübke: sabine.luebke@googlemail.com, Tel. 0761-76 71 205

AK Verkehr
Andreas Hoffmann 0761-701214
kv@gruene-freiburg.de

PG Gesundheit
Adelheid Hepp
adelhepp@gmx.de

Grüne Jugend Freiburg
Bonaventura Schmid
bonaventura_schmid@yahoo.de

Green Team-Fußballmannschaft
Kapitän: Per Klabundt,
Tel. 55 36 76, per.klabundt@gmx.de

Unsere Abgeordneten

Wahlkreisbüros:
Haslacher Str. 61, 79115 Freiburg

Kerstin Andreae, MdB
Mitarbeiter: Holger Weber, David Vaulont
Tel. 8886713 Fax 8886714
kerstin.andreae@wk.bundestag.de

Edith Sitzmann, MdL
Mitarbeiterin: Nadyne Dittmann
Tel. 702102 Fax 0761-75405
sitzmann@gruene-freiburg.de

Reinhold Pix, MdL
Mitarbeiterinnen: Daniela Evers, Trudis Fisch,
Tel.: 71154 Fax 71159
buero@reinhold-pix.de

Geschäftspraktiken wir nichts wissen. Außer: es seien kommunale und damit „gute“ Unternehmen. Zwei Zweifel bleiben. Erstens: wie sehr wird denn die kommunale Einflussnahme konkret gestärkt? Ist der Einflussgewinn nicht vielmehr so minimal, dass sich der Kapitaleinsatz einschließlich des Risikos nicht auszahlt. Woher wissen wir, ob die anderen Unternehmen, seien sie auch noch so kommunal, am gleichen ökologischen Strang ziehen? Gibt es vielleicht auch gegenläufige Interessen? Wäre es nicht viel besser, nur erwirtschaftetes Geld, also keine Kredite, ins operative Geschäft zu stecken, wo tatsächliche Werte geschaffen werden und konkreter, direkter kommunaler – und vielleicht auch nachvollziehbarer – Einfluss genommen werden kann? Zweitens: Wenn die Stadt über ihre Beteiligung am städtischen Energie-

versorger in erster Linie ein Investmentgeschäft tätigen möchte, um Rendite zu erwirtschaften, gäbe es da nicht in etwa gleich rentable und zugleich sichere Alternativen?

Wir erinnern uns vielleicht an den Senen, den Cross Border Leasing über zahlreiche Kommunen gebracht hat. Vertrackte Finanzkonstellationen über zahlreiche Ecken sind unübersichtlich und schränken die kommunale Einflussnahmen eher ein, als sie auszuweiten. Der Volkszorn über die Finanzkrise entlädt sich derweil – ganz unbehelligt übrigens von klugen oder platten grünen Erklärungen – weitab in Frankfurt und Berlin. Die Vorgänge auf dem eigenen Konto versteht der Bürger eben leichter. Und in Freiburg? In Freiburg kochen die Grünen ganz ohne lästige Frager mit am komplizierten Süsschen. Wenn uns das mal einer erklären würde ...

Termine

Datum	Veranstaltung	Ort
Fr., 17. 4. 20 Uhr	Reinhold Pix zu Konsum + Klima	Kath. Akademie
Di., 21. 4. 16 Uhr	Wahlkampfauftakt	Rathausplatz
Mo., 20. 4. 20 Uhr	AK WiSo	Grünes Büro
Do., 23. 4. 17.15 - 18.15 Uhr	Fragestunde mit Reinhard Bütikofer	KaJo/Schiffstraße
Do./Fr., 23./24. 4.	Green Campus Tour	Böll Stiftung und Grüne Hochschulgruppe
So, 26. 4. 11:10 Uhr	Grüner Salon zum Thema „Kultur in Deutschland“	Theatersaal der VHS
Do., 30. 4. 18.30 Uhr	AK Integration	Grünes Büro
Mo., 4. 5. 20 Uhr	AK WiSo	Grünes Büro
Mi., 6. 5. 20 Uhr	AK Europa	Grünes Büro
Mo., 18. 5. 20 Uhr	AK WiSo	Grünes Büro
Mi., 20. 5. ab 20 Uhr	Kultur-Festival	Wodan Halle/Ganter-Biergarten

Abkürzungen:

AK = Arbeitskreis; BDK = Bundesdelegiertenkonferenz; Büro = Termin findet im Grünen Büro statt; GR = Gemeinderatssitzung; KV = Kreisverband; LDK = Landesdelegiertenkonferenz; LGS = Landesgeschäftsstelle (Forststr. 93 in Stgt); LT = Landtag (Haus der Abgeordneten, Konrad-Adenauer Str. 12 in Stgt.); MV = Mitgliederversammlung; PG = Projektgruppe